

Haushaltsrede Ursula Jacob-Reisinger, Fraktion Die LINKE im Kreistag

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Die im September 2020 bevorstehende Kommunalwahl wirft ganz offensichtlich ihre Schatten voraus. Von uns wurde darum erwartet, den Kreishaushalt 2020 innerhalb einer Rekordzeit zu beraten und zu bearbeiten.

Die Mehrheitsfraktionen überbieten sich mit seit einigen Wochen mit Änderungsanträgen zum Haushalt 2020. Diese sind gefühlt, stakkatoartig und außerdem so spät so bei uns eingetroffen, dass sicher nicht nur wir als kleine Fraktion Schwierigkeiten hatten, sie sachgerecht und mit der nötigen Tiefe zu diskutieren und uns eine Meinung zu bilden.

Es gibt eine Finanzierungsvorlage, die uns erst Mitte letzter Woche erreicht hat und die am heutigen Tag final beschlossen werden soll.

Die Stellungnahme des Personalrats vom 21.11.2019 zu den geplanten Personalkosteneinsparungen in Höhe von ca. 1,4 Mio. € ist erst auf Nachfrage Mitte letzter Woche eingegangen. Der Personalrat merkt hier kritisch an, dass, wie in den vergangenen Jahren auch durch verzögerte Stellenbesetzung und Überstunden, Geld gespart wird. Er moniert weiter, dass die Vorgaben des Landesbeamtengesetzes im Zusammenhang mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement nicht eingehalten werden. Eine Information die ja durchaus notwendig um sich ein vollständiges Bild zu machen. Ein Teil der Anträge konnte noch nicht einmal in der Haushaltsstrukturkommission und den zuständigen Fachausschüssen vorberaten werden.

Herr Landrat meine Damen und Herren das ist eine Zumutung! Wir empfinden das Prozedere als zutiefst undemokratisch!

Wer einen zeitlich so ambitionierten Plan umsetzen will, muss auch rechtzeitig liefern!

Dieser Haushalt 2020 spiegelt die Politik des Kreises Lippe wieder und enthält Maßnahmen, die uns, wie in den vergangenen Jahren auch, nicht gefallen.

Ich greife hier nur die wichtigsten auf:

Dazu gehört der zusätzliche Zuschuss in Höhe von 200.000 € für das Jahr 2020, den der Kreis Lippe dem Flughafen Paderborn zur Verfügung stellt. Dies, obwohl ein seit mindestens 2017 gefordertes Strategiepapier seitens des Betreibers bisher nicht geliefert worden ist.

In diesem müssten zumindest auch die Auswirkungen der Klimadiskussion, sowie die damit einhergehende Kritik an Inlands- und Kurzflügen enthalten sein. An der fortdauernden Konkurrenz der in der Nähe liegenden Regionalflughäfen untereinander, ändert das nichts.

Der Regionalflughafen erweist sich zunehmend als ein „Loch ohne Boden“. Wir sind sehr gespannt, ob Ende Oktober 2020 das erwartete Planungs- und Strategiepapier da ist.

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Dass das Betreiben und die Finanzierung von Marketing-Unternehmen nicht zu den Pflichtaufgaben eines Kreises gehören, ist und bleibt unsere feste Überzeugung. Der jährliche Zuschuss an die LTM AG beträgt bekanntlich 450.000 Euro, fast eine halbe Million an Aufwand. Einen nachweisbaren Nutzen gibt es nach wie vor nicht. Eine Evaluation ist deshalb auch nicht möglich.

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

Es ist noch nicht zu spät!

Nach wie vor erkennt der Klinikchef den Konzernbetriebsrat nicht an.

Er führt trotz zweier positiver Gerichtsurteile vor dem Arbeitsgericht Detmold und dem Landesarbeitsgericht Hamm, die beide zugunsten der Arbeitnehmervertretung entschieden haben, den Rechtsstreit vor dem Bundesarbeitsgericht weiter. Mitbestimmung, wie sie im Gesetz vorgeschrieben ist, wird offensichtlich weiter als Bedrohung empfunden und mit allen Mitteln bekämpft.

Am 25. März 2020 wird dazu nun das Bundesarbeitsgericht eine Entscheidung treffen. Gut möglich, dass, wenn die Entscheidung nicht im Sinne der Klinikleitung ausgeht, auch noch das Bundesverfassungsgericht angerufen wird. Ein jetzt schon jahrelang andauernder Rechtsstreit, der sich dann noch weitere Jahre hinziehen würde wäre die Folge. Das ist doch Wahnsinn!

Hier wird vollkommen unnötig Geld verbrannt, das sich ganz sicher besser im Bereich des Klinikums einsetzen ließe. Auf der anderen Seite wird gespart, wo es geht. Die Gesundheitsholding fährt weiterhin den Kurs Personalkosten zu drücken.

Herr Landrat,

Übernehmen Sie Verantwortung gegenüber den Beschäftigten des Kreises Lippe und seiner Beteiligungen und setzen Sie endlich um, was Sie vor Ihrer Wahl versprochen haben!

Die Ökonomisierung des Krankenhausbetriebes geht weiter auch auf Kosten der Beschäftigten. Sie sorgt dafür, dass sogenannte VIP-Patienten mit lohnenden Eingriffen besten Service genießen, während beim einfachen Kassenpatienten im Falle des Ablebens dem Angehörigen noch nicht einmal ein Raum zum Abschiednehmen vom Verstorbenen zur Verfügung steht. Sogar die Presse hat berichtet, dass das im Klinikum Lemgo so passiert ist.

Wohin diese Strategie führt, und wie es auch anders geht, wird anschaulich an Beispielen im Film „Der marktgerechte Patient“ dargestellt, den ich Ihnen allen hiermit eindringlich ans Herz legen möchte.

Die Veränderung der Gesellschaftsverträge und damit die Neubesetzung der Aufsichtsrats-Gremien bei KLG und KSE, zu einem Zeitpunkt, zu dem es laut Kommunalordnung noch nicht erforderlich war, sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache.

Nur durch unsere hartnäckige Intervention ist hier überhaupt eine längere Diskussion über mehrere Sitzungen des Kreistages hinweg zustande gekommen. Gegen unsere Stimmen wurde die Änderung kürzlich dennoch beschlossen. Der Status und die Einflussmöglichkeiten der Arbeitnehmervertretungen in den Aufsichtsräten haben sich damit deutlich verschlechtert, denn wenn Politik sich einig ist, können Mehrheiten zugunsten der Interessen der Arbeitnehmer*innen nicht mehr erreicht werden.

Wir lehnen eine solche Politik gegen die Interessen der Bevölkerung und der Beschäftigten ausdrücklich ab!

Aus diesen Gründen können wir auch diesem Kreishaushalt nicht zustimmen, denn er bildet letztlich die politische Willensbekundung nicht nur in Euro und Cent ab.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch ein paar Schlussbemerkungen.

Es war 2014 eine bewusste Entscheidung der SPD eine große Koalition im Kreis einzugehen. Dies war vielleicht die einfachste Lösung, aber für die SPD auf Kreisebene ebenso wenig nützlich wie im Bund.

Beispielsweise in Sachen Nationalpark Senne war selbst Ihr Vorgänger Herr Heuwinkel weiter.

In Sachen Herr Deutsch, CDU Rechtsausleger, gab es in der Kreistagssitzung im November eine bühnenreife Vorstellung der SPD Fraktion um seine Benennung zum ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Minden zu verhindern.

Stattdessen finden den Herrn nun bald im Aufsichtsrat des Abfallentsorgungsbetriebes wieder. GROKO Zwang sei Dank.

Wenn es nicht so traurig wäre, man könnte schallend lachen.

Ich schließe mit einem abgewandelten Zitat von Yanis Varoufakis:

„Mir ist Friedel Heuwinkel lieber als Axel Lehmann, der hat wenigstens nie behauptet, Sozialdemokrat zu sein.“